

Beiträge

→ Die unzulässige Beweislastverteilung des § 6 Abs 1 Z 11 KSchG 437

In jüngster Zeit mehren sich Entscheidungen, die Tatsachenbestätigungen für unzulässig erklären. Die Rsp stützt sich auf § 6 Abs 1 Z 11 KSchG. Allerdings steht diese Ansicht in einem Spannungsverhältnis sowohl zum Wortlaut des § 6 Abs 1 Z 11 leg cit als auch zum Recht auf Ausstellung einer Quittung nach § 1426 ABGB. Die Bandbreite der bisher in Judikatur und Literatur vertretenen Meinungen reicht von der Befürwortung der (analogen) Anwendung des § 6 Abs 1 Z 11 KSchG auf Tatsachenmitteilungen bis zur gänzlichen Ablehnung einer solchen Vorgangsweise. Der Beitrag untersucht die Frage, ob Tatsachenbestätigungen einer Analogie zu § 6 Abs 1 Z 11 KSchG zugänglich sind und/oder andere Möglichkeiten bestehen, Tatsachenbestätigungen des Verbrauchers einer Kontrolle zu unterziehen.

Von *Thomas Aigner*

→ Kindeswohl und Grenzen richterlicher Prüfungsbefugnisse 445

Zugleich eine Besprechung von 10 Ob 54/10 d

Der Beitrag untersucht die Bedeutung des Kindeswohls im Verfahren über Unterhaltsvorschüsse und das Spannungsverhältnis zwischen dem Grundsatz der Wahrung des Kindeswohls und der Beschränkung der Rechtsmittelgründe im außerstreitigen Revisionsrekursverfahren.

Von *Maria Posani*

→ Rechtsprechung des EGMR 2010 (3) 450

Der dritte Teil des Überblicks über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2010 behandelt Entscheidungen zu den Art 9 bis 14 MRK sowie zu den Art 1 und 3 1. ZP, Art 24. ZP und Art 4 7. ZP.

Von *Rudolf Thienel*

Evidenzblatt

→ Außerstreitverfahren 457

OGH 20. 10. 2010, 1 Ob 117/10 b

64: Entscheidung über Nutzung einer gemeinsamen Sache im Außerstreitverfahren

OGH 17. 8. 2010, 10 Ob 54/10 d 460

65: Vom Rekursgericht verneinte Mängel des Unterhaltsvorschussverfahrens erster Instanz bilden – uneingeschränkt – keinen Revisionsrekursgrund

→ Bestandrecht 462

OGH 22. 12. 2010, 2 Ob 73/10 i

66: Inhaltskontrolle von formularmäßigen Mietvertragsklauseln

→ Sachenrecht 465

OGH 9. 11. 2010, 4 Ob 89/10 g

67: Grundeigentümer haftet für Schäden durch Baumaschinen

Mit Anmerkung von Moritz Zoppel

→ Zivilverfahren 468

OGH 24. 11. 2010, 7 Ob 164/10 h

68: Lösungsbefugnis ermöglicht Einwendung von Gegenforderungen, die den Lösungsbetrag zumindest erreichen

Mit Anmerkung von Dora Rendessy

→ Strafprozessrecht 470

OGH 17. 2. 2011, 13 Os 137/10 m

69: Freispruchsanfechtung muss alle Tatbestandsmerkmale erfassen

→ Strafrecht	471
OGH 17. 2. 2011, 13 Os 142/10x	
70: Weisung „Schaden nach Kräften gatzumachen“ muss bestimmt sein	

EvBl-Leitsätze

→ Erbrecht	473
OGH 23. 2. 2011, 3 Ob 227/10 v	
73: Übergangener Erbe muss Erbschaftsklage erheben	
→ Schadenersatzrecht	473
OGH 28. 1. 2011, 6 Ob 189/10 b	
74: Pflichten des treuhändigen Vermögensverwalters bei Unternehmensveräußerung	
OGH 15. 12. 2010, 4 Ob 199/10h	474
75: Verletzung der Dokumentationspflicht erleichtert den Beweis	
→ Schuldrecht	475
OGH 23. 2. 2011, 3 Ob 4/11 a	
76: Ohne Aufklärung veranlasst der politische Gegner einen Irrtum über seine Person	
→ Sozialversicherungsrecht	476
OGH 1. 2. 2011, 10 Obs 173/10 d	
77: Kinderbetreuungsgeld – Rückforderung wegen Auslandseinkünften	
→ Stiftungsrecht	476
OGH 28. 1. 2011, 6 Ob 240/10 b, 6 Ob 241/10 z	
78: Der unter Sachwalterschaft stehende Privatstifter	
→ Strafprozessrecht	477
OGH 20. 1. 2011, 11 Os 175/10k	
79: Der Nichtigkeitsgrund bezieht sich nur auf Entscheidungen über Anträge in der Hauptverhandlung	
OGH 17. 2. 2011, 11 Os 142/10g.	477
80: Unterlassene Normanfechtung kann Gegenstand des Erneuerungsantrags sein	

Bericht

→ 46. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht .	478
---	-----

Sprache und Recht

→ „Von nackten Nichtigkeiten“	480
Von Robert Fucik	

Standards

→ Impressum	436
→ Buchbesprechungen	478
→ Veranstaltungen und Seminare.	479